

V. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)

1. Zustandekommen des Vertrages:

Der Leasingnehmer ist 4 Wochen ab Unterfertigung an sein Anbot gebunden. Der Vertrag kommt durch Annahme des Leasinggebers zustande. Die Annahme kann schriftlich, konkludent oder mündlich erfolgen. Eine schriftliche Annahme ist rechtzeitig, wenn sie innerhalb der Frist abgeschickt wird. Eine konkludente Annahme des Vertrages liegt jedenfalls darin, wenn dem Leasingnehmer eine Kopie der Finanzierungsabsichtserklärung an den Lieferanten oder eine Zahlungsvorschreibung zugeht.

2. Leasingobjekt/Lieferung:

- 2.1 Vereinbart wird, dass es Aufgabe des Leasingnehmers ist, den Inhalt des Kaufvertrages, insbesondere die Lieferbedingungen und die technische Spezifikation des Leasingobjekts, mit dem Lieferanten auszuverhandeln. Hat sich der Leasingnehmer gegenüber dem Lieferanten zu Leistungen verpflichtet, die ausschließlich der Leasingnehmer durch in seiner Person gelegene Umstände erfüllen kann, wie z.B. Übergabe eines Zubehörs zum Zwecke des Einbaues durch den Lieferanten, Rückgabe eines Altwagens an den Lieferanten, so wird der Leasingnehmer alle diese Pflichten, auch wenn sie mit Abschluss des vom Leasingnehmer ausverhandelten Kaufvertrages auf den Leasinggeber übergehen, selbst erfüllen. Klargestellt wird, dass die Zahlung des Kaufpreises an den Lieferanten davon nicht betroffen ist und diese jedenfalls durch den Leasinggeber erfolgt. Es steht dem Leasinggeber frei, das Leasingobjekt erst nach Einlangen sämtlicher vereinbarter Sicherheiten, wie z.B. Leasingratenvorauszahlung, Kautions (Depot), etc. beim Lieferanten zu bestellen.
- 2.2. Der Leasingnehmer übernimmt bei der Lieferung das Leasingobjekt im Namen und im Auftrag des Leasinggebers. Durch diese Übernahme wird das Eigentumsrecht für den Leasinggeber begründet. Vereinbart wird, dass es Aufgabe des Leasingnehmers ist, sich beim Lieferanten über alle rechtlichen Voraussetzungen für den beabsichtigten Gebrauch des Leasingobjektes zu informieren (z.B. Versicherung, polizeiliche Anmeldung) und für diese zu sorgen. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, dem Leasinggeber unverzüglich nach Übernahme ein unterfertigtes Übernahmeprotokoll samt Fahrzeug-Genehmigungsdokumente zu übermitteln. Der Leasinggeber empfiehlt dem Leasingnehmer, das Leasingobjekt bei Lieferung auf Mängel zu untersuchen und die Übernahme des Leasingobjektes bei Mängeln zu verweigern.
- 2.3 Verweigert der Leasingnehmer, aus welchen Gründen auch immer, die Übernahme des Leasingobjektes, so werden der Bestand des Vertrages sowie die Verpflichtungen aus diesem grundsätzlich nicht berührt. Dies gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.
- 2.4 Falls der Lieferant mit seiner Leistung in Verzug gerät, d.h. er das Leasingobjekt zum vereinbarten Liefertermin nicht oder nur in mangelhaftem Zustand anbietet und der Leasingnehmer das Leasingobjekt deshalb nicht übernimmt, kann der Leasingnehmer vom Leasinggeber verlangen, gegenüber dem Lieferanten auf ordnungsgemäßer Erfüllung zu bestehen oder unter Setzung einer – zwischen dem Leasinggeber und dem Leasingnehmer zuvor abgestimmten – angemessenen Nachfrist vom Kaufvertrag zurückzutreten. Mit Wirksamkeit des Rücktritts vom Kaufvertrag bei fruchtlosem Ablauf der Nachfrist wird auch der Leasingvertrag aufgelöst. Der Leasinggeber übernimmt keine Haftung gegenüber dem Leasingnehmer im Falle eines Lieferverzugs oder einer Nichtlieferung seitens des Lieferanten. Dies gilt nicht, wenn der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG ist.

3. Laufzeit:

Der Vertrag beginnt mit Annahme durch den Leasinggeber. Der Vertrag endet bei befristeter Laufzeit mit dem Ablauf der vorgesehenen Vertragsdauer, gerechnet ab dem Tag, ab dem die Leasingrate zu bezahlen ist (Punkt 4.). Bei unbestimmter Vertragsdauer endet der Vertrag durch Kündigung unter Einhaltung einer einmonatigen Kündigungsfrist zum Monatsletzten. Dem Leasingnehmer steht bei unbestimmter Vertragsdauer das Kündigungsrecht erst nach Ablauf der Kündigungsverzichtsfrist, gerechnet ab dem Tag, ab dem die Leasingrate zu bezahlen ist (Punkt 4.), zu. Eine Teilkündigung ist unzulässig.

4. Leasingrate/Einzugsermächtigung:

- 4.1 Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber ab dem auf die Übergabe des Leasingobjektes folgenden Monatsersten eine Leasingrate zu bezahlen. Für den Zeitraum ab Übergabe des Leasingobjektes bis zum folgenden Monatsersten hat der Leasingnehmer am Monatsersten, der der Übergabe folgt, pro Tag ein Dreißigstel der monatlichen Leasingrate zu bezahlen. Sodann ist die Leasingrate jeweils so zu bezahlen, dass sie am Ersten eines jeden Monats im Voraus ohne Kürzung durch Überweisungsspesen beim Leasinggeber auf dem von diesem bekannt gegebenen Konto eingegangen ist.
- 4.2 Die Leasingrate errechnet sich unter Zugrundelegung der Anschaffungskosten (abzüglich etwaiger vom Leasingnehmer geleisteter Depot- und Kautionszahlungen), der kalkulatorischen Abschreibung auf die abnutzbaren Teile des Leasingobjektes (kurz kalkulatorische Abschreibung) und des vereinbarten kalkulatorischen Zinssatzes (Basiszinssatz gemäß Punkt III. plus Aufschlag) sowie unter Berücksichtigung einer allenfalls vereinbarten Leasingratenvorauszahlung.
- 4.3 Die Anschaffungskosten bestehen aus sämtlichen Kosten, die der Leasinggeber für die Beschaffung des Leasingobjektes aufgewendet haben wird. Zu den Anschaffungskosten zählen:
 1. der vom Leasingnehmer mit dem Lieferanten vereinbarte Kaufpreis
 2. die allfälligen vom Leasingnehmer vereinbarten Transportkosten
 3. die Kosten für das vom Leasingnehmer bestellte Zubehör
 4. eventuelle Verzollungs- und Einzeltypisierungskosten
 5. die NoVA
 6. allfällige Kosten eines Schätzgutachtens bei Gebrauchtfahrzeugen
 7. sonstige, vom Leasingnehmer veranlasste unmittelbar mit der Anschaffung und der Zurverfügungstellung des Leasingobjektes im Zusammenhang stehende Kosten Dritter (insb. Barauslagen).
- 4.4 Die unter III. angegebene Leasingrate basiert auf den dem Leasinggeber zum Zeitpunkt der Anbotstellung (durch den Leasingnehmer) bekannt gegebenen Anschaffungskosten des Leasingobjektes. Die Höhe dieser dem Leasinggeber im Zeitpunkt der Anbotstellung bekannten Anschaffungskosten ist unter III. als Kaufpreis angegeben und setzt sich aus den unter dieser Bestimmung angeführten Kosten zusammen.
- 4.5 Wenn die endgültigen vom Leasinggeber an den Lieferanten zu leistenden Zahlungen von den der Anbotstellung zugrunde liegenden Kosten entweder aufgrund einer vom Leasingnehmer mit dem Lieferanten vereinbarten Leistungsänderung zB Sonderausstattung, oder wegen einer Änderung des Kaufpreises, die der Lieferant in gesetzlich, insbesondere nach dem KSchG, zulässiger Weise begehrt (zB durch Erhöhung des Listenpreises für das Leasingobjekt, durch Änderung der Höhe der gesetzlich vorgeschriebene NoVA) und die in dem vom Leasingnehmer unterzeichneten oder sonst zur Kenntnis genommenen Kaufvertrag und/oder Bestellung vorgesehenen ist, abweichen, ist das Leasingentgelt entsprechend nach oben oder unten anzupassen.

- 4.6 Bei einer Erhöhung oder Verminderung der Anschaffungskosten bis 10% aufgrund der beschriebenen Umstände erfolgt die Anpassung mit Vorschreibung der ersten Leasingrate, bei einer Erhöhung um mehr als 10% durch gesonderte Mitteilung. Auf Wunsch des Leasingnehmers wird der Leasinggeber die Änderung der Leasingrate durch Übermittlung einer neuen Kalkulation nachweisen.
- 4.7 Die (theoretische) Gesamtbelastung gemäß Verbrauchercreditverordnung (Punkt III.) errechnet sich unter der Annahme, dass der Leasingnehmer das Leasingobjekt bei ordentlicher Beendigung des Vertrages ankauft. Ein Recht des Leasingnehmers auf Ankauf ist daraus jedoch nicht ableitbar.
- 4.8 **Der Leasingnehmer erteilt dem Leasinggeber eine Einzugsermächtigung. Die Einzugsermächtigung berechtigt den Leasinggeber, die vom Leasingnehmer zu entrichtende Leasingrate sowie weitere Zahlungsverpflichtungen, die sich aus diesem Vertrag ergeben, bei Fälligkeit zu Lasten des Kontos des Leasingnehmers mittels Lastschrift einzuziehen und die Bank des Leasingnehmers, die Lastschrift einzulösen, wobei für diese keine Verpflichtung zur Einlösung besteht, insbesondere dann nicht, wenn das Konto des Leasingnehmers nicht die erforderliche Deckung aufweist. Der Leasingnehmer ist berechtigt, innerhalb von 42 Kalendertagen ab Abbuchungstag ohne Angabe von Gründen die Rückbuchung bei seiner Bank zu veranlassen. Löst die Bank die Lastschrift nicht ein, weil das Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, oder veranlasst der Leasingnehmer eine Rückbuchung, obwohl der Leasinggeber die Leasingrate vertragsgemäß eingezogen hat, so hat der Leasingnehmer sämtliche hierdurch entstehenden Kosten, insbesondere die von der Bank verrechneten Bearbeitungskosten, zu tragen und an den Leasinggeber eine Bearbeitungsgebühr von EUR 5,- zu leisten.**

Unterbleibt die Durchführung einer Einzugsermächtigung aus Gründen, die der Sphäre des Leasingnehmers zuzurechnen sind, steht dem Leasinggeber für den erhöhten Mehraufwand der Verwaltung ein Spesenersatz in angemessener Höhe von EUR 3,60 inkl. USt. pro Monat zu.

5. Anpassung der Leasingrate an den Geldmarkt (Zinsgleitklausel):

Als Basiszinssatz für die Berechnung der Leasingrate dient der 3-Monats-EURIBOR, 11 Uhr Brüsseler Zeit lt. Reuters Seite "EURIBOR" (www.oenb.at Rubrik Zinsen & Wechselkurse). Wird dieser nicht mehr veröffentlicht, so ist als Maßstab der Berechnung eine von einer anderen offiziellen Stelle vorgenommene Geldmarkt-Berechnung heranzuziehen. **Der Basiszinssatz hat zunächst den Wert des 3-Monats-EURIBOR, der für den letzten Bankarbeitstag des mittleren Kalendermonats des dem Tag der Unterfertigung des Angebotes vorangegangenen Kalenderquartals veröffentlicht wird. Der Wert des Basiszinssatzes ändert sich erstmals zum Monatsersten, der der Übergabe des Leasingobjektes folgt, und in der Folge zum jeweils 01.01., 01.04., 01.07. und 01.10. eines jeden Jahres (Anpassungstichtage).** Die Änderung des Wertes des Basiszinssatzes erfolgt dergestalt, dass ab dem Anpassungstichtag der Wert des 3-Monats-EURIBOR des letzten Bankarbeitstages des dem Anpassungstichtag vorangegangenen Kalendermonats zum neuen Wert des Basiszinssatzes wird. Die Änderung (Erhöhung oder Senkung) des Basiszinssatzes bewirkt eine entsprechende Änderung der Höhe der Leasingrate. Der Leasinggeber errechnet diese Änderung zu jedem Anpassungstichtag und teilt dem Leasingnehmer die neue Höhe der Leasingrate mit. Die Änderung (Anpassung) der Leasingrate wird unabhängig vom Zeitpunkt der Mitteilung zum jeweiligen Anpassungstichtag wirksam. Ändert sich der Wert des 3-Monats-EURIBOR nach dem ersten Anpassungstichtag um weniger als 0,125%-Punkte gegenüber dem bis dahin für die Berechnung der Leasingrate herangezogenen Wert des Basiszinssatzes oder würde eine Änderung des Wertes des Basiszinssatzes zu einer Änderung der Höhe der Leasingrate um weniger als EUR 1,- führen, unterbleibt eine Änderung des Wertes des Basiszinssatzes. **Ist der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG, erfolgt diese Anpassung der Leasingrate nicht innerhalb der ersten zwei Monate nach Vertragsabschluss.**

Darüber hinaus verpflichtet sich der Leasinggeber, im Falle einer Anpassung der Leasingrate gemäß dieser Bestimmung dem Leasingnehmer auf dessen Verlangen einen Tilgungsplan, aus dem der Zinsanteil und die Höhe der laufenden Zahlungen ersichtlich ist, zur Verfügung zu stellen.

6. Anpassung der Leasingrate aufgrund geänderter Rahmenbedingungen:

- 6.1 Für Unternehmer im Sinne des KSchG gilt:
Zur Refinanzierung nimmt der Leasinggeber auch Fremdmittel auf. In den Refinanzierungsverträgen ist der Refinanzierer berechtigt, bei Maßnahmen der kredit- und währungspolitischen Behörden hinsichtlich der Zahlungsbereitschaft, des Kreditvolumens und der Mindestreserven usw. die Finanzierungsbedingungen zu erhöhen. Tritt dieser Fall ein, ist der Leasinggeber berechtigt, den kalkulatorischen Zinssatz zu erhöhen. Sollte es aufgrund einer gesetzlichen Änderung, einer Maßnahme der Geld- oder Kreditpolitik (insbesondere der Österreichischen Nationalbank oder der Europäischen Zentralbank), einer Änderung der verwaltungsbehördlichen Praxis oder der Rechtsprechung oder einer sonstigen Änderung der Refinanzierungsbedingungen zu einer Erhöhung der Kosten der Refinanzierung kommen, so ist der Leasinggeber berechtigt, die Anpassungstichtage zu ändern und/oder die Leasingrate entsprechend anzupassen. **Diese Klausel gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.**

Sollte eine Refinanzierung seitens des Leasinggebers zum im Punkt III. vereinbarten Basiszinssatz auf dem Interbankenmarkt (trotz Veröffentlichung der EURIBOR-Sätze gemäß Punkt V.5.) aus welchem Grund immer nicht möglich sein, so wird für diesen Zeitraum jener Zinssatz zum Basiszinssatz, zu welchem im Interbankenverkehr für die jeweilige Laufzeit Ausleihungen in Euro vorgenommen werden können („Euro-Interbankenrefinanzierungssatz“). **Diese Klausel gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.**

Dieser Vertrag wurde auf Grundlage der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden gesetzlichen Bestimmungen, höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie Verwaltungspraxis erstellt. Sollten sich Änderungen hinsichtlich dieser Vertragsgrundlage und jener Steuern ergeben, die auf die Kalkulation der Leasingrate Einfluss gehabt haben, insbesondere § 2 Absatz 2 b) EStG und § 6 Z 16 EStG, oder neue Steuern eingeführt werden, die zu neuen Kostenbelastungen oder -entlastungen auf Seite des Leasinggebers führen und daher in die Kalkulation der Leasingraten einzugehen haben, so hat der Leasinggeber die Leasingrate entsprechend anzupassen.

6.2 **Für Verbraucher im Sinne des KSchG gilt**

Dieser Vertrag wurde auf Grundlage der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltenden gesetzlichen Bestimmungen, höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie Verwaltungspraxis erstellt. Werden nach Vertragsabschluss durch Gesetz oder Verordnung neue Steuern, Gebühren oder Abgaben eingeführt, die direkt in Zusammenhang mit der Eigentümer- und/oder Besitzerstellung an dem Leasingobjekt stehen, somit jeden Besitzer oder Eigentümer eines KFZ treffen, und dem Leasinggeber vorgeschrieben, so ist der Leasinggeber berechtigt, diese Belastungen dem Leasingnehmer in Rechnung zu stellen.

7. Verzug/Aufrechnung:

- 7.1 Ist der Leasingnehmer mit Zahlungen in Verzug, so hat er Verzugszinsen in der Höhe von 5% p.a. über dem (nachstehend definierten) 3-Monats-Euribor bei monatlicher Kapitalisierung zu bezahlen. Dieser 3-Monats-Euribor entspricht jeweils dem Wert des 3-Monats-Euribor am letzten Bankarbeitstag des Monats November (für 1.1.), Februar (für 1.4.), Mai (für 1.7.) bzw. August (für 1.10.) und wird jeweils am 1.1., 1.4., 1.7. sowie am 1.10. für das jeweilige Kalenderquartal angepasst.
Der Leasingnehmer hat sämtliche Kosten des Leasinggebers, die zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendig sind und im

angemessenen Verhältnis zur betriebenen Forderung stehen, zu bezahlen. Im Fall eines Verzugs hat der Leasingnehmer für das zweite Mahnschreiben einen Pauschalbetrag von EUR 10,-, für jedes weitere Mahnschreiben einen Pauschalbetrag von EUR 20,00 zu bezahlen. Die vorgenannten Pauschalbeträge sind an den VPI 2006 (Basis ist der für den Monat der Übergabe des Leasingobjektes verlaubliche Wert) gebunden.

7.2 Ist der Leasingnehmer mit Zahlungen in Verzug, werden eingehende Zahlungen in folgender Reihenfolge auf die offenen Forderungen angerechnet:

1. zur Abdeckung der gerichtlich zugesprochenen Kosten (Anwalts- und Gerichtskosten, Einbringungskosten);
2. auf allfällige Umsatzsteuerforderungen;),
3. zur Abdeckung der außergerichtlichen Kosten (z.B. Inkassospesen, Sachverständigenkosten);
4. auf die Verzugszinsen;
5. auf die ausstehenden Leasingraten.

Der Leasinggeber ist berechtigt, eingehende Zahlungen des Leasingnehmers zuerst auf nicht gesicherte Forderungen anzurechnen.

7.3 Der Leasingnehmer verzichtet ausdrücklich darauf, eigene Forderungen gegen Forderungen des Leasinggebers auf Zahlung der Leasingrate oder sonstiger Forderungen aus diesem Vertrag aufzurechnen und aus diesem Vertrag zu erbringende Leistungen zurückzubehalten. Dieser Verzicht auf Aufrechnung und Zurückbehaltung gilt nicht für den Fall der Zahlungsunfähigkeit des Leasinggebers bzw. nicht für eigene, richtige, gleichartige, konnexe und gerichtlich festgestellte oder vom Leasinggeber anerkannte, bestimmte und fällige Forderungen.

8. Leasingratenvorauszahlung/Depot/Kautio:

8.1 Eine vereinbarte Leasingratenvorauszahlung ist spätestens bei Fälligkeit der ersten Leasingrate vom Leasingnehmer zu leisten. **Eine vom Leasingnehmer geleistete Leasingratenvorauszahlung wurde bei der Berechnung der Leasingrate (Punkt III. – Konditionen) bereits insofern berücksichtigt, als sie bei Verträgen auf unbestimmte Zeit auf den Zeitraum des Kündigungsverzichtes, bei Verträgen mit bestimmter Dauer auf die Laufzeit des Vertrages unverzinst aufgeteilt wird.** Bei Verträgen auf unbestimmte Dauer erhöht sich daher die Leasingrate nach dem Zeitraum des Kündigungsverzichtes um den bisher durch die Leasingratenvorauszahlung abgedeckten aliquoten Teilbetrag. Die Leasingratenvorauszahlung wird bei ordentlicher Vertragsbeendigung nicht zurückbezahlt.

8.2 Eine vereinbarte einmalige fixe oder variable Depotzahlung (Kautionszahlung) ist spätestens bei Fälligkeit der ersten Leasingrate vom Leasingnehmer zu leisten. Jede vom Leasingnehmer geleistete Depotzahlung (Kautionszahlung) (Punkt III. – Konditionen) dient zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Instandhaltung des Leasingobjektes, Unterlassung von Veränderungen am Leasingobjekt und allfälliger Schäden wegen einer vorzeitigen Auflösung des Vertrages gemäß Punkt 15. sowie aller weiteren Verpflichtungen des Leasingnehmers aus diesem Vertrag. **Das Depot (die Kautio) wird während der Laufzeit nicht verzinst. Vielmehr wird das Depot (die Kautio) bei der Berechnung der Leasingrate von den Anschaffungskosten abgezogen, woraus eine Verringerung der Höhe der Leasingrate resultiert.** Nach Beendigung des Vertrages wird das Depot (die Kautio) in Höhe der ursprünglichen Leistung zur Abdeckung der noch offenen Forderungen des Leasinggebers verwendet und ein allfälliges Guthaben an den Leasingnehmer ausbezahlt. Dem Leasingnehmer ist es nicht gestattet, seinen Anspruch auf Rückzahlung des Depots (der Kautio) zu verpfänden oder auf andere Personen zu übertragen.

8.3 Der Leasinggeber ist hinsichtlich der laufenden Verringerung des Sicherungsbedürfnisses berechtigt – jedoch nicht verpflichtet – das variable Depot in gleich hohen Teilbeträgen bereits durch monatlicher Gegenverrechnung mit der Leasingrate zurückzuzahlen. Im Falle des Verzugs (gemäß Punkt 7 – Verzug/Aufrechnung) ist der Leasinggeber berechtigt, die Rückzahlung des variablen Depots auszusetzen.

9. Gewährleistung und Haftung:

9.1 Der Leasinggeber haftet nicht und leistet nicht Gewähr für einen bestimmten Umfang, eine bestimmte Eigenschaft oder Eignung des Leasingobjektes, insbesondere nicht für den vom Leasingnehmer beabsichtigten Verwendungszweck und für den Eintritt eines bestimmten vom Leasingnehmer beabsichtigten steuerlichen Effektes. Stattdessen tritt der Leasinggeber dem Leasingnehmer sämtliche Gewährleistungs-, Erfüllungs- und Schadenersatzansprüche wegen Mangelhaftigkeit des gelieferten Leasingobjektes gegen den Lieferanten, Hersteller, Spediteur oder Frächter ab, ausgenommen Rechtsmängel. **Ist der Leasingnehmer Konsument im Sinne des KSchG, wird der Leasinggeber mit dem Lieferanten vereinbaren, dass im Verhältnis zwischen dem Leasinggeber und dem Lieferanten die für Verbraucher einschlägigen Bestimmungen gelten.** Der Leasingnehmer nimmt diese Abtretung an und verpflichtet sich, die daraus erwachsenden Rechte gegenüber den Genannten im eigenen Namen und auf eigene Rechnung wahrzunehmen. Sofern derartige Rechte nicht im eigenen Namen geltend gemacht werden können, hat der Leasingnehmer diese Rechte im Namen des Leasinggebers, jedoch auf eigene Kosten, geltend zu machen. Ansprüche auf Preisminderung, Wandlung oder Schadenersatz sind dabei so geltend zu machen, dass Zahlung stets an den Leasinggeber begehrt wird. Die Geltendmachung eines Anspruches auf Vertragsaufhebung sowie der Abschluss von Vergleichen bedürfen der Zustimmung des Leasinggebers, der diese Zustimmung nicht verweigern wird, wenn sichergestellt ist, dass die aus diesem Vertrag resultierenden Ansprüche des Leasinggebers gegenüber dem Leasingnehmer erfüllt werden. Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber über die Geltendmachung von Ansprüchen unverzüglich zu informieren und auf dem Laufenden zu halten. **Ist der Leasingnehmer Konsument im Sinne des KSchG, so trägt das Risiko der Einbringlichkeit der abgetretenen Rechte der Leasinggeber.**

9.2 Der Leasinggeber leistet nur für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden Schadenersatz. Die Haftung für leichte Fahrlässigkeit ist ausgeschlossen. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht für Personenschäden.

10. Gebrauch des Leasingobjektes:

10.1 Der Leasingnehmer ist verpflichtet, das Leasingobjekt in sorgfältiger Art und Weise sowie verkehrüblich zu gebrauchen, alle Vorschriften, die mit dem Besitz, dem Gebrauch oder der Erhaltung des Leasingobjektes verbunden sind, zu beachten, sowie Wartungs-, Pflege- und Gebrauchsempfehlungen des Leasinggebers, des Herstellers oder des Lieferanten zu befolgen. Eine über die verkehrübliche Nutzung des Leasingobjektes hinausgehende Benützung ist wegen der daraus resultierenden erhöhten Abnutzung nur nach Abschluss einer Zusatzvereinbarung zulässig, insbesondere eine Verwendung als ziehendes Fahrzeug, zu Fahrschul- oder Sportzwecken oder zu betriebsgewöhnlichen gewerblichen Zwecken. Der Leasingnehmer ist berechtigt, mit dem Leasingobjekt vorübergehend in das Ausland zu fahren.

10.2 Dem Leasingnehmer ist jede Veränderung am Kilometerzähler ausdrücklich untersagt. Ein Schaden am Kilometerzähler ist bei der nächsten autorisierten Werkstätte sofort beheben zu lassen und dem Leasinggeber unverzüglich zu melden.

10.3 Der Leasingnehmer hat auf seine Kosten das Leasingobjekt in vertragsgemäßem Zustand zu erhalten und Einzelteile, die dazu erforderlich sind, auf seine Kosten zu beschaffen und auszuwechseln. Der Leasinggeber empfiehlt dem Leasingnehmer, sich für sämtliche Verpflichtungen aus diesem Vertrag betreffend Erhaltung des Leasingobjektes einer Markenwerkstätte zu bedienen. Der Leasingnehmer ist jedoch auch berechtigt, hierfür andere, konzessionierte Autowerkstätten aufzusuchen. Der Leasinggeber macht den Leasingnehmer darauf aufmerksam, dass bei Nichtinanspruchnahme einer Markenwerkstätte allenfalls zugesagte Leistungen des Herstellers (bspw. Garantie,

Gewährleistung) geschmälert werden oder verloren gehen können. Der Leasinggeber ist berechtigt, zur Vermeidung von technischer oder wirtschaftlicher Gebrauchsunfähigkeit des Leasingobjektes nötige Maßnahmen vorläufig auf eigene Kosten durchzuführen und vom Leasingnehmer Erstattung zu verlangen, sofern der Leasingnehmer – nach fruchtlosem Ablauf einer hierfür vom Leasinggeber dem Leasingnehmer gesetzten, angemessenen Nachfrist – solche Maßnahmen nicht selbst oder nur in ungenügender Form setzt.

- 10.4 Der Leasingnehmer darf Veränderungen am Leasingobjekt (etwa Einbauten oder Aufbauten) nur soweit vornehmen, als dies gesetzlich erlaubt ist. In das Leasingobjekt eingebaute oder diesem hinzugefügte Sachen bleiben im Eigentum des Leasingnehmers, sofern diese ohne Beeinträchtigung des Leasingobjektes und ohne größeren Aufwand wieder entfernt werden können. Nach Beendigung dieses Vertrages ist der Leasingnehmer verpflichtet, den ursprünglichen Zustand des Leasingobjektes auf seine Kosten wieder herzustellen. Unterlässt dies der Leasingnehmer, gehen die vom Leasingnehmer in das Leasingobjekt eingebauten oder diesem hinzugefügte Sachen ersatzlos in das Eigentum des Leasinggebers über. Ungeachtet dessen kann der Leasinggeber eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes auf Kosten des Leasingnehmers durchführen lassen. In diesem Fall ist der Leasingnehmer berechtigt, die ausgebauten Sachen zurückzuverlangen. In allen Fällen ist dem Leasingnehmer eine angemessene Nachfrist unter Androhung der genannten Folgen zu setzen, sofern es sich beim Leasingnehmer um einen Verbraucher im Sinne des KSchG handelt.
- 10.5 Während der Dauer des Vertrages hat der Leasingnehmer gültige Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die das Leasingobjekt betreffen, zu beachten und zu erfüllen. Der Leasingnehmer ist verpflichtet, den Leasinggeber von sämtlichen Verpflichtungen, die sich aufgrund der Nichtbeachtung vorstehender Obliegenheiten ergeben, schad- und klaglos zu halten.

11. Schadensabwicklung:

- 11.1 Tritt ein Schadensfall am Leasingobjekt ein, so hat der Leasingnehmer dem Versicherungsinstitut unverzüglich eine schriftliche Schadensanzeige unter Anschluss aller notwendigen Unterlagen zu übermitteln. Sollte der Leasingnehmer dieser Verpflichtung nicht nachkommen, ist der Leasinggeber auch berechtigt, im Namen des Leasingnehmers die Schadensmeldung an das Versicherungsinstitut zu übermitteln. Bei Untergang, Verlust oder unreparierbarer Beschädigung des Leasingobjektes hat der Leasingnehmer den Leasinggeber unverzüglich zu verständigen.
- 11.2 In allen Schadensfällen hat der Leasingnehmer im eigenen Namen und auf eigene Kosten für die Abschleppung und Bergung des Leasingobjektes, für die Begutachtung des Schadens durch einen Sachverständigen und für die Deckungszusage des Versicherers zu sorgen, den Reparaturauftrag im eigenen Namen zu erteilen und im Falle einer Kaskoabrechnung die Auszahlungsermächtigung des Leasinggebers als Vinkulargläubiger einzuholen.
- 11.3 Der Leasingnehmer hat Versicherungsleistungen, außer bei Totalschaden, Untergang und Verlust des Leasingobjektes, stets zur Wiederherstellung des Leasingobjektes bei einer Markenwerkstätte zu verwenden. Der Leasingnehmer hat alle, aus welchem Grund auch immer, durch eine Versicherung nicht gedeckten Schäden am Leasingobjekt sowie sämtliche mit dem Schadensfall verbundene Kosten und Nachteile zu tragen.
- 11.4 Nur der Leasinggeber als Eigentümer des Leasingobjektes ist berechtigt, Ansprüche gegen Dritte, die nicht im Punkt V.9. genannt sind, aus einem Schadensfall geltend zu machen. Kann der Leasinggeber seine Schadenersatzforderungen nicht unverzüglich einbringlich machen, so hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber gegen Abtretung der Forderungen des Leasinggebers den Schaden zu ersetzen. Bei ergebnisloser Klage gegen Dritte ist der Leasingnehmer verpflichtet, dem Leasinggeber die hierfür entstandenen Kosten und Gebühren unverzüglich zu ersetzen, soweit diese zur Rechtsverfolgung notwendig und zweckmäßig sind. Der Leasingnehmer ist nicht berechtigt, gegenüber Dritten Erklärungen für den Leasinggeber abzugeben, wonach ein Schadensfall zur Gänze erledigt sei (Abfindungserklärungen).

12. Versicherungen:

- 12.1 Der Leasingnehmer ist verpflichtet, über das Leasingobjekt vor dessen Übergabe bis zur Beendigung des Vertrages auf seine Kosten bei einem anerkannten Versicherungsinstitut eine Kollisionskaskoversicherung mit einem Deckungsumfang zum Neupreis des Leasingobjektes und seiner Teile zuzüglich Sonderausstattung und Zubehör entsprechend dem Gesamtlistenpreis abzuschließen. Kommt der Leasingnehmer dieser Verpflichtung innerhalb von 8 Tagen ab Übergabe nicht nach, ist der Leasinggeber berechtigt, eine solche Versicherung auf Kosten des Leasingnehmers abzuschließen. Der Leasingnehmer tritt hiermit alle Ansprüche auf Versicherungsleistungen, die er im Zusammenhang mit dem Leasingobjekt gegen den Versicherer und anderen Versicherungen aus gegenwärtigen und zukünftigen Versicherungsverhältnissen hat und haben wird, an den Leasinggeber sicherungsweise ab. Der Leasinggeber nimmt die Abtretung ausdrücklich an.
- 12.2 Der Leasingnehmer hat dem Leasinggeber eine schriftliche Bestätigung des Versicherers über folgende Punkte zu übermitteln:
- a) der Versicherer hat die Abtretung zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden, dass er Zahlungen schuldbeitragend nur an den Leasinggeber leisten kann;
 - b) der Versicherer wird den Leasinggeber sogleich schriftlich informieren, wenn der Leasingnehmer den Versicherungsvertrag verletzt, und wird dem Leasinggeber innerhalb angemessener Frist, während der der Versicherungsschutz aufrecht bleibt, Gelegenheit geben, die Vertragsverletzung zu beseitigen;
 - c) eine Beendigung des Versicherungsverhältnisses ist nur mit Zustimmung des Leasinggebers zulässig;
 - d) der Versicherer wird den Leasinggeber schriftlich benachrichtigen, wenn er das Versicherungsverhältnis beenden will.

13. Verfügungen über das Leasingobjekt:

- 13.1 Das Leasingobjekt darf nicht veräußert, verpfändet, mit Rechten Dritter belastet, insbesondere nicht untervermietet werden. Eine kurzfristige unentgeltliche Nutzungsüberlassung an Dritte ist zulässig, erfolgt jedoch auf Risiko des Leasingnehmers. Der Leasingnehmer muss das Leasingobjekt von Zugriffen Dritter freihalten und dem Leasinggeber Vollstreckungsmaßnahmen und die Einleitung eines Insolvenzverfahrens sofort schriftlich anzeigen. Der Anspruch des Leasinggebers auf Fortzahlung der Leasingrate bei allfälligen gerichtlichen, behördlichen oder sonstigen Verfügungen, die den vereinbarten Gebrauch hindern, bleibt bestehen.
- 13.2 Der Leasingnehmer ist verpflichtet, dem Leasinggeber oder Beauftragten des Leasinggebers während der üblichen Geschäfts- und Betriebszeit bzw. zu angemessener Tageszeit Zutritt zu dem Leasingobjekt zu gewähren.

14. Gefahrtragung:

Der Leasingnehmer trägt die Gefahr für Untergang, Verlust, Beschädigung oder mangelnde Betriebsfähigkeit des Leasingobjektes. Der Leasingnehmer verzichtet auf eine vorzeitige Auflösung des Vertrages aus dem Grunde der Beschädigung und der mangelnden Betriebsfähigkeit. Im Falle des Unterganges oder Verlustes des Leasingobjektes hat der Leasingnehmer das Recht, den Vertrag vorzeitig aufzulösen. In diesem Fall hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber Ersatz gemäß Punkt 16. Absatz 1 dieses Vertrages zu leisten. Zeiten für Wartung, Pflege und Reparatur am Leasingobjekt und sonstige Störungen, aus welchen Gründen immer, entbinden den Leasingnehmer daher nicht von der Verpflichtung zur Zahlung der Leasingrate.

15. Vorzeitige Auflösung:

- 15.1 Der Leasinggeber kann diesen Vertrag aus wichtigen Gründen jederzeit mit sofortiger Wirkung auflösen. Als wichtige Gründe gelten insbesondere
- a) wenn der Leasingnehmer mit Zahlungsverpflichtungen aus diesem Vertrag trotz Mahnung unter Androhung der Rechtsfolgen und Setzung einer Nachfrist von 14 Tagen zumindest zwei Monate ganz oder teilweise in Verzug gerät;
 - b) wenn der Leasingnehmer gegen wesentliche vertragliche Bestimmungen verstößt, insbesondere gemäß Punkt 10., 11., 12. und 13.;
 - c) bei wesentlicher Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Leasingnehmers oder eines Garanten, der Organe oder der persönlich haftenden Gesellschafter, insbesondere wenn eine exekutive Pfändung erfolgt, bei Moratoriumvereinbarungen, Zahlungseinstellungserklärungen, Eröffnung eines Konkursverfahrens oder Nichteröffnung mangels kostendeckenden Vermögens oder Liquidation;
 - d) bei Tod oder Handlungsunfähigkeit (auch nur beschränkter) des Leasingnehmers oder eines Garanten, sofern nicht binnen 14 Tagen eine gleichwertige Sicherheit beigebracht wird;
 - e) bei Aufgabe des Geschäftsbetriebes, Einschränkung oder Änderung des Betriebsgegenstandes;
 - f) bei Verlegung des Firmensitzes oder Wohnsitzes des Leasingnehmers oder Garanten außerhalb der Republik Österreich;
 - g) bei Änderung der Gesellschafter- oder Vermögensstruktur (z.B. durch Umgründungsmaßnahmen) des Leasingnehmers oder eines Garanten, die die Bonität dieser Personen verschlechtert;
 - h) bei Untergang, Verlust, unreparierbarer Beschädigung oder mangelnder Betriebsfähigkeit des Leasingobjektes.

Ist der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG, so liegt nur dann ein wichtiger Grund gemäß Punkt V.15.1 vor, wenn der angeführte Umstand die Erfüllung der Verpflichtungen des Leasingnehmers gegenüber dem Leasinggeber aus diesem Vertrag tatsächlich gefährden kann.

- 15.2 **Ist der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG, so hat er das jederzeitige Recht zu einer gänzlichen vorzeitigen Erfüllung seiner Verpflichtungen aus diesem Vertrag.** Möchte der Leasingnehmer von diesem Recht Gebrauch machen, teilt er dies dem Leasinggeber mit. Der Leasinggeber wird dem Leasingnehmer sodann die Summe seiner Verpflichtungen, das sind die bis zum Ablauf der Kündigungsverzichtsfrist bzw. bis zum Ablauf der Vertragsdauer noch zu leistenden Zahlungen aus diesem Vertrag, bekannt geben. Dieser Betrag wird mit dem zum Zeitpunkt der vorzeitigen Erfüllung letztgültigen Basiszinssatz gemäß Punkt V.5 abgezinst (der „Erfüllungsbetrag“). Der Erfüllungsbetrag ist vom Leasingnehmer binnen 7 Tagen nach Bekanntgabe zu bezahlen. Der Leasinggeber wird im Fall der gänzlichen vorzeitigen Erfüllung durch den Leasingnehmer kein weiteres Entgelt verrechnen. Die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages bleiben weiterhin aufrecht.

16. Ersatzleistungen/Schadenersatz bei vorzeitiger Beendigung:

- 16.1 Im Fall der vorzeitigen Auflösung gemäß Punkt 14. und Punkt 15.1 oder im Zuge eines Ausgleichs- oder Konkursverfahrens hat der Leasinggeber – auch wenn den Leasingnehmer daran kein Verschulden trifft – einen sofort fälligen Anspruch gegen den Leasingnehmer in Höhe
- 1) aller offenen und bis zum Ablauf der vereinbarten Kündigungsverzichtsfrist bzw. bis zum Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer zu leistenden Zahlungen aus diesem Vertrag (unter Berücksichtigung einer allfälligen Leasingratenvorauszahlung), zuzüglich dem Restwert, abgezinst zum jeweils geltenden Basiszinssatz gemäß Punkt V.5 und zuzüglich
 - 2) einer Bearbeitungspauschale in der Höhe von EUR 132,- inklusive gesetzlicher Umsatzsteuer zuzüglich
 - 3) der Kosten einer allfälligen Verwertung des Leasingobjektes durch vom Leasinggeber hiermit beauftragte Dritte zuzüglich
 - 4) der Kosten der Abmeldung des Leasingobjektes zuzüglich
 - 5) der Kosten einer allfälligen Abholung des Leasingobjektes durch den Leasinggeber oder einem von diesem beauftragten Dritten zuzüglich
 - 6) der Kosten der Schätzung des Leasingobjektes gemäß den einschlägigen Honorarrichtlinien für Schätzgutachter.

- 16.2 Der Leasinggeber ist verpflichtet, auf den vom Leasingnehmer zu zahlenden Betrag die Nettoerlöse aus anderweitiger Verwertung des Leasingobjektes, abzüglich der ihm durch die Weiterverwertung entstehenden Kosten, anzurechnen. Darüber hinausgehende Ansprüche aus einer vorzeitigen Vertragsauflösung oder eines Rücktrittes können vom Leasinggeber geltend gemacht werden, wenn die Auflösung oder der Rücktritt durch den Leasingnehmer verschuldet wurde.

17. Rückstellung des Leasingobjektes:

- 17.1 Bei Beendigung des Vertrages hat der Leasingnehmer das Leasingobjekt nach Wahl des Leasinggebers auf Kosten und Gefahr des Leasingnehmers unverzüglich an eine vom Leasinggeber zu bestimmende Anschrift zurückzuliefern, zur Abholung bereit zu halten oder selbst zu entsorgen. Der Leasinggeber ist bei Vertragsbeendigung berechtigt, das Leasingobjekt abzuholen oder durch einen Beauftragten abholen zu lassen und bei der Abholung die Räumlichkeiten des Leasingnehmers zu betreten. Sollte das Leasingobjekt mit anderen Gegenständen, die im Eigentum des Leasingnehmers stehen, verbunden sein, sind der Leasinggeber und sein Abholberechtigter befugt, die Trennung dieser Gegenstände durchzuführen. Insbesondere hat der Leasingnehmer, der nicht selbst Grundstück- bzw. Gebäudeeigentümer ist, dieses Rückführungsrecht mit dem jeweiligen Eigentümer schriftlich zu begründen und den Leasinggeber daraus schadlos zu halten. Die Kosten der Abholung, der Rücklieferung, der Schätzung und der Abmeldung trägt – soweit diese notwendig und angemessen sind – der Leasingnehmer. Bei vorzeitiger Auflösung dieses Vertrages aus vom Leasingnehmer zu vertretenden Gründen und bei Beendigung im Zuge eines Ausgleichs- oder Konkursverfahrens trägt der Leasingnehmer zusätzlich die Kosten einer allfälligen Garagierung des Leasingobjektes. Bis zur Rückstellung des Leasingobjektes oder Bereitstellung der Abholung steht dem Leasinggeber für jeden angefangenen Tag ein vom tatsächlichen Gebrauch unabhängiges Benützungsentgelt in der Höhe eines Dreißigstels der zuletzt bezahlten monatlichen Leasingrate zu.

- 17.2 Für den Fall, dass der Leasinggeber dem Leasingnehmer bei ordnungsgemäßer Beendigung dieses Vertrages das Leasingobjekt zum vereinbarten Restwert zum Kauf anbietet und der Leasingnehmer dieses Angebot nicht annimmt, gilt folgendes als vereinbart: **Übersteigt der vereinbarte Restwert (Punkt III.) bei Vertragsende den Schätzwert bzw. Verkaufserlös des Leasingobjektes, so ergeben sich für den Leasingnehmer zusätzliche Kosten.** Unterliegt das Leasingobjekt während der Vertragsdauer, aus welchen Gründen immer, einer derart übermäßigen Abnutzung oder Wertminderung, sodass der Verkehrswert des Leasingobjektes bei Vertragsende den Restwert unterschreitet oder wird im Falle der Verwertung ein Verwertungserlös erzielt, der unter dem Restwert (zuzüglich Zinsen bis zum Tag der Verwertung in der Höhe des vereinbarten kalkulatorischen Zinssatzes) liegt, so hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber diesen Minderwert binnen 8 Tagen nach Aufforderung zu ersetzen. Eine allfällige vom Leasinggeber aus einem Schadensfall erlöste Wertminderung

ist zu Gunsten des Leasingnehmers anzurechnen. Von einem allfälligen den Restwert übersteigenden Erlös erhält der Leasingnehmer 75 % und der Leasinggeber 25 %. In jedem Fall hat der Leasingnehmer die Kosten einer Verwertung des Leasingobjektes zu tragen; der Leasinggeber ist berechtigt, diese von einem dem Leasingnehmer anzurechnenden Verwertungserlös in Abzug zu bringen. Kann das Leasingobjekt innerhalb angemessener Zeit nicht verwertet werden, hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber den Restwert und allfällige Entsorgungskosten zu bezahlen.

18. Informationen durch den Leasingnehmer:

- 18.1 Ist der Leasingnehmer Unternehmer, so ist er verpflichtet, jährlich unaufgefordert bis spätestens 9 Monate nach dem Bilanzstichtag den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung samt Anhang) und den Lagebericht des vorjährigen Geschäftsjahres dem Leasinggeber vorzulegen. Der Leasinggeber ist berechtigt, jederzeit die wirtschaftlichen Verhältnisse des Leasingnehmers zu prüfen, insbesondere hat der Leasingnehmer dem Leasinggeber auf dessen Verlangen Bucheinsicht zu gewähren. Bei unselbständiger Erwerbstätigkeit des Leasingnehmers ist dieser auf Verlangen des Leasinggebers zur Übergabe von Lohnzetteln und Einkommenssteuerbescheiden verpflichtet.
- 18.2 Der Leasingnehmer hat Änderungen seines Namens oder seines Firmensitzes bzw. Wohnsitzes dem Leasinggeber unverzüglich schriftlich bekannt zu geben. Bis zur Bekanntgabe können Erklärungen des Leasinggebers rechtswirksam an die vom Leasingnehmer zuletzt nachweislich bekannt gegebene Anschrift des Leasingnehmers abgeschickt werden. Für den Fall der Verletzung der Bekanntgabepflichtung verzichtet der Leasingnehmer auf die Erhebung des Einwandes der Verjährung, soweit die verspätete Geltendmachung auf diese Vertragsverletzung zurückzuführen ist.

19. Datenschutz:

19.1 Ist der Leasingnehmer Unternehmer im Sinne des KSchG gilt folgendes:

Der Leasingnehmer ist ausdrücklich damit einverstanden, dass sämtliche aus der Geschäftsbeziehung im Allgemeinen und der Vertragsbeziehung im Besonderen gewonnenen Daten vom Leasinggeber automationsunterstützt ermittelt und verarbeitet werden. Der Leasingnehmer berechtigt und ermächtigt den Leasinggeber ausdrücklich, Auskünfte über den Leasingnehmer, insbesondere über dessen Vermögensverhältnisse, bei Dritten (wie z.B. Bankinstituten, Kreditschutzverbänden, Gläubigerschutzverbänden und Wirtschaftsauskunftdiensten) einzuholen und diese Daten automationsunterstützt zu verarbeiten. Der Leasingnehmer wird über Aufforderung des Leasinggebers jederzeit allfällige Entbindungen vom Bankgeheimnis oder von Verschwiegenheitsverpflichtungen bei Dritten vornehmen.

Der Leasingnehmer erklärt sich ausdrücklich damit einverstanden, dass sämtliche den Leasingnehmer oder ein ihm konzernmäßig verbundenes Unternehmen betreffende Daten (einschließlich Bilanzdaten), die für die nachstehend angeführten Ziele notwendig und zweckmäßig sind, an

- Versicherungen, soweit dies zur Versicherung des Leasingobjektes notwendig ist,
- First Leasing Service Center GmbH (FN 296831 t) sowie an Raiffeisen-Leasing GmbH (FN 55858 w) zur Durchführung, Abwicklung und Verwaltung dieses Vertrags;
- potentielle Risikopartner und an Haftungspartner (z.B. Interzedenten, Bürgen, Garanten, Pfandbesteller) zur Risikobeurteilung und zur Erfüllung der Informationspflichten,
- Refinanziers zur Beurteilung der diesen bestellten Sicherheiten,
- Gläubigerschutzverbände und bei qualifiziertem Zahlungsverzug an Wirtschaftsauskunftdienste zum Zwecke der Verwahrung, Zusammenführung und Weitergabe der Daten zur Wahrung von Gläubigerschutzinteressen, und
- die Raiffeisen Zentralbank AG, die Raiffeisenlandesbanken, jede Raiffeisenbank, jede Raiffeisenkasse und innerhalb der Raiffeisen-Leasing-Gruppe sowie innerhalb der UNIQA Versicherungen AG-Gruppe zur Geschäftsanbahnung und –ausweitung sowie zur Risikobeurteilung übermittelt werden.

19.2 Ist der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG gilt folgendes:

Der Leasingnehmer ist einverstanden, dass Daten aus der Geschäftsverbindung entsprechend den Bestimmungen des DSGVO automationsunterstützt verarbeitet bzw. wie folgt übermittelt werden:

Der Leasingnehmer erteilt dem Leasinggeber ausdrücklich die Erlaubnis, nachstehende ihn betreffende Daten an die Kleinkreditevidenz und die Warnliste, die derzeit beim Kreditschutzverband von 1870 eingerichtet sind, sowie an die Wirtschaftsauskunftei Deltavista GmbH (FN 200570 g HG Wien) zu übermitteln: Name, Anschrift, Geburtsdatum, Höhe der Verbindlichkeit, Rückführungsmodalitäten, Schritte im Zusammenhang mit der Fälligkeitstellung und der Rechtsverfolgung sowie dem Missbrauch von Zahlungsverkehrsinstrumenten. Zweck der Übermittlung ist die Verwahrung, Zusammenführung und Weitergabe der oben angeführten Daten durch den Empfänger an Kreditinstitute, Leasinggesellschaften und andere Finanzinstitute zur Wahrung ihrer Gläubigerschutzinteressen.

Der Leasingnehmer erklärt sich gemäß § 8 Abs. 1 Z. 2 DSGVO 2000 damit einverstanden, dass der Leasinggeber alle den Leasingnehmer betreffenden Daten und Informationen dieses Leasingvertrages, ausschließlich zur

- Durchführung von Kundenaufträgen sowie
 - für Zwecke des Marketing,
 - der internen Abwicklung (Berichts- und Controllingwesen, Vertragsabwicklung),
 - der Risikoanalyse und der Kundenberatung,
- an Raiffeisenbankinstitute sowie an Unternehmen der Raiffeisen-Leasing-Gruppe und der UNIQA Versicherungen AG-Gruppe, weitergeben kann.

Der Leasingnehmer erklärt sich weiters ausdrücklich damit einverstanden, dass die vorgenannten Daten an

- die Versicherung (zur Versicherungs- oder Schadenabwicklung des Vertragsobjektes),
- First Leasing Service Center GmbH (FN 296831 t) sowie an Raiffeisen-Leasing GmbH (FN 55858 w) zur Durchführung, Abwicklung und Verwaltung dieses Vertrags;
- Risiko- und Haftungspartner (weitere Leasingnehmer, Garanten; zur Risikobeurteilung und zur Erfüllung von Informationspflichten),
- Inkassobüro/Auskunftei (zur Durchsetzung der Rechte aus diesem Vertrag) und
- den Lieferanten (zur Abwicklung des Ankaufs und Verkaufs des Leasingobjekt) weitergegeben werden.

Diese Zustimmung zur Weitergabe von Daten kann, außer jene zur Durchführung von Kundenaufträgen und zur internen Abwicklung, gemäß § 8 Abs. 1 Z.2 DSGVO jederzeit widerrufen werden.

20. Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern:

- 20.1 Für die Bearbeitung dieses Vertrages hat der Leasingnehmer die unter III. ausgewiesene einmalige Gebühr bei Abschluss dieses Vertrages zu bezahlen. Ferner hat der Leasingnehmer die gesetzlich vorgeschriebene Rechtsgeschäftsgebühr zu tragen. Die unter III. angeführte Höhe der Rechtsgeschäftsgebühr basiert auf der unter III. angeführten Leasingrate. Ändert sich die Leasingrate aufgrund geänderter Anschaffungskosten, ändert sich die Höhe der unter III. angeführten Rechtsgeschäftsgebühr.

- 20.2 Darüber hinaus hat der Leasingnehmer jene Kosten zu übernehmen, die für die Abwehr von unberechtigten Ansprüchen Dritter, wie etwa Kosten eines Aussonderungs- oder Exzindierungsverfahrens, hinsichtlich des Leasingobjektes geltend gemacht werden. Sollten im Zusammenhang mit der Vorbereitung, der Verwaltung, Abwicklung oder / und Beendigung des Vertrages Übersetzungen von Dokumenten notwendig werden, sind diese Kosten vom Leasingnehmer zu tragen.
- 20.3 Dem Leasingnehmer ist bekannt, dass die Rechtsgeschäftsgebühr nach dem Gebührengesetz (GebG) vom Leasinggeber selbst zu berechnen und abzuführen ist. Für den Fall, dass sich nachträglich herausstellt, dass die Gebühr aufgrund erhöhter Anschaffungskosten zu niedrig bemessen ist und deshalb Nachzahlungen (sowie erhöhte Gebühren, Beträge) zu leisten sind, sind diese ebenfalls vom Leasingnehmer zu zahlen. Für den Fall, dass sich nachträglich herausstellt, dass die Gebühr zu hoch bemessen ist und der Leasinggeber eine Rückzahlung vom Finanzamt erhält, wird der Leasinggeber den vom Finanzamt erhaltenen Betrag an den Leasingnehmer auszahlen.
- 20.4 Für den Fall, dass trotz konkludenten oder mündlichen Zustandekommens des Vertrages ein Tatbestand nach dem Gebührengesetz, aus welchem Grund und auf welche Weise immer, sei es durch den Leasingnehmer oder den Leasinggeber, sei es durch einen Dritten, geschaffen werden sollte oder die Finanzbehörden die Auffassung vertreten sollten, dass ein solcher Tatbestand vorliegt, hat der Leasingnehmer die daraus anfallenden Kosten und Gebühren samt allfälligem Zuschlag zu tragen. Der Leasingnehmer hält den Leasinggeber diesbezüglich völlig schad- und klaglos. **Diese Klausel gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.**
- 20.5 Alle Zahlungen des Leasingnehmers an den Leasinggeber sind zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer zu leisten.
21. Sonstiges:
- 21.1 Mehrere Leasingnehmer haften für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrag zur ungeteilten Hand.
- 21.2 Der Leasingnehmer ist nicht berechtigt, Rechte aus diesem Vertrag an Dritte abzutreten. **Ist der Leasingnehmer Verbraucher im Sinne des KSchG, so ist der Leasingnehmer ohne vorhergehende Zustimmung des Leasinggebers nicht berechtigt, Rechte aus diesem Vertrag an Dritte abzutreten, es sei denn, es handelt sich um eine Abtretung an die in § 29 KSchG genannten Verbände.** Der Leasinggeber wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern.
- 21.3 Der Leasinggeber ist berechtigt, seine Rechte aus diesem Vertrag zu folgenden Zwecken an Dritte abzutreten:
- zum Zwecke eines Forderungsverkaufes;
 - zum Zwecke einer Forderungsverbriefung (Asset Backed Securities) und
 - zum Zwecke einer Übertragung des KfZ-Leasingvertragsbestandes oder Teilen hiervon (Portfolioverkauf),
- wenn für den Leasingnehmer hieraus keine Verschlechterung seiner Vertragsposition entsteht.
Soweit es die angeführten Zwecke erfordern, auch Pflichten des Leasinggebers zu übertragen, wird der Leasinggeber weiterhin für die Erfüllung dieser Pflichten solidarisch haften, sodass auch in einem solchen Fall dem Leasingnehmer keine Nachteile erwachsen.
- 21.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie Nebenabreden bedürfen der gleichen Form, die für den Abschluss des Vertrages gewählt wurde. Wurde der Vertrag aufgrund eines schriftlichen Vorvertrages mündlich abgeschlossen, so können mündliche Änderungen, Ergänzungen sowie Nebenabreden ebenfalls nur aufgrund eines schriftlichen Vorvertrages wirksam abgeschlossen werden. Dies gilt auch für das Abgehen von einer vereinbarten Schriftform. **Diese Klausel gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.**
- 21.5 Wenn der Vertrag eine Lücke enthält, einzelne Bestimmungen oder Teile von einzelnen Bestimmungen dieses Vertrages nichtig oder undurchführbar sind oder werden, führt dies weder zu einer Unwirksamkeit des gesamten Vertrages, noch dazu, dass der durch die nicht geregelte oder nichtige oder undurchführbare Bestimmung oder Teil einer Bestimmung geregelte Bereich als ungeregelt gilt. Es tritt vielmehr an die Stelle der fehlenden, nichtigen, teilnichtigen oder undurchführbaren Bestimmung jene Regelung, die der nicht geregelten, (teil)nichtigen oder undurchführbaren Bestimmung wirtschaftlich möglichst nahe kommt und/oder der ursprünglichen Parteienabsicht am ehesten entspricht. **Diese Klausel gilt nicht für Verbraucher im Sinne des KSchG.**
- 21.6 Erfüllungsort ist Wien. Für allfällige Rechtsstreitigkeiten aus diesem Vertrag vereinbaren die Vertragsparteien das sachlich zuständige Gericht in Wien als ausschließlichen Gerichtsstand. Ist der Leasingnehmer Konsument im Sinne des KSchG, so ist diese Vereinbarung nur insoweit wirksam, als damit der Wohn- oder Arbeitsort des Leasingnehmers vereinbart wurde. Der Leasingnehmer unterwirft sich der inländischen Gerichtsbarkeit. Es gilt österreichisches Recht.
- 21.7 Der Leasinggeber behält sich vor, die AGB jederzeit zu ändern. In diesem Fall wird der Leasinggeber den Leasingnehmer unverzüglich über die Änderung informieren. Die Änderungen der AGB erlangen mit Beginn des übernächsten Monats, der der Verständigung des Leasingnehmers folgt, Rechtsgültigkeit, sofern nicht bis dahin ein schriftlicher Widerspruch des Leasingnehmers beim Leasinggeber einlangt. Die Verständigung des Leasingnehmers kann schriftlich oder mündlich erfolgen. Die geänderten AGB liegen sodann zur Einsicht in den Geschäftsräumlichkeiten des Leasinggebers auf bzw. sind auf der Homepage des Leasinggebers unter http://www.uniq.at/uniq_at/cms/privat/vehicle/leasing/leasing/index.jsp einzusehen. Der Leasinggeber weist den Leasingnehmer darauf hin, dass ein Stillschweigen nach Ablauf des nächsten Monats, in dem die oben genannte Verständigung erfolgte, als Zustimmung zur Änderung der AGB gilt. Darauf wird der Leasinggeber den Leasingnehmer im Zuge der Verständigung nochmals gesondert hinweisen.

Belehrung über das Rücktrittsrecht des Verbrauchers nach dem Konsumentenschutzgesetz (KSchG):

Rücktrittsrecht

§ 3. KSchG

- Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung weder in den vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von diesem dafür auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrags oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Unternehmers, die zur Identifizierung des Vertrags notwendigen Angaben sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrags zu laufen. Diese Belehrung ist dem Verbraucher anlässlich der Entgegennahme seiner Vertragserklärung auszufolgen. Das Rücktrittsrecht erlischt spätestens einen Monat nach der vollständigen Erfüllung des Vertrages durch beide Vertragspartner, bei Versicherungsverträgen spätestens einen Monat nach dem Zustandekommen des Vertrags.
- Das Rücktrittsrecht besteht auch dann, wenn der Unternehmer oder ein mit ihm zusammenwirkender Dritter den Verbraucher im Rahmen einer Werbefahrt, einer Ausflugsfahrt oder einer ähnlichen Veranstaltung oder durch persönliches, individuelles Ansprechen auf der Straße in die vom Unternehmer für seine geschäftlichen Zwecke benützten Räume gebracht hat.
- Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,
 - wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Unternehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder
 3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Unternehmern außerhalb ihrer Geschäftsräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt 15 Euro oder wenn das Unternehmen nach seiner Natur nicht in ständigen Geschäftsräumen betrieben wird und das Entgelt 45 Euro nicht übersteigt.
- (4) Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Unternehmers enthält, dem Unternehmer oder dessen Beauftragten, der an den Vertragshandlungen (Anm.: richtig: Vertragsverhandlungen) mitgewirkt hat, mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb des im Abs. 1 genannten Zeitraumes abgesendet wird.

§ 3a. KSchG

- (1) Der Verbraucher kann von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag weiters zurücktreten, wenn ohne seine Veranlassung für seine Einwilligung maßgebliche Umstände, die der Unternehmer im Zuge der Vertragsverhandlungen als wahrscheinlich dargestellt hat, nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten.
- (2) Maßgebliche Umstände im Sinn des Abs. 1 sind
 1. die Erwartung der Mitwirkung oder Zustimmung eines Dritten, die erforderlich ist, damit die Leistung des Unternehmers erbracht oder vom Verbraucher verwendet werden kann,
 2. die Aussicht auf steuerrechtliche Vorteile,
 3. die Aussicht auf eine öffentliche Förderung und
 4. die Aussicht auf einen Kredit.
- (3) Der Rücktritt kann binnen einer Woche erklärt werden. Die Frist beginnt zu laufen, sobald für den Verbraucher erkennbar ist, dass die in Abs. 1 genannten Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten und er eine schriftliche Belehrung über dieses Rücktrittsrecht erhalten hat. Das Rücktrittsrecht erlischt jedoch spätestens einen Monat nach der vollständigen Erfüllung des Vertrags durch beide Vertragspartner, bei Bank- und Versicherungsverträgen mit einer ein Jahr übersteigenden Vertragsdauer spätestens einen Monat nach dem Zustandekommen des Vertrags.
- (4) Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu, wenn
 1. er bereits bei den Vertragsverhandlungen wusste oder wissen musste, dass die maßgeblichen Umstände nicht oder nur in erheblich geringerem Ausmaß eintreten werden,
 2. der Ausschluss des Rücktrittsrechts im einzelnen ausgehandelt worden ist oder
 3. der Unternehmer sich zu einer angemessenen Anpassung des Vertrags bereit erklärt.
- (5) Für die Rücktrittserklärung gilt § 3 Abs. 4 sinngemäß.

§ 4. KSchG

- (1) Tritt der Verbraucher nach § 3 oder § 3a vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug
 1. der Unternehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,
 2. der Verbraucher die empfangenen Leistungen zurückzustellen und dem Unternehmer ein angemessenes Entgelt für die Benützung, einschließlich einer Entschädigung für eine damit verbundene Minderung des gemeinen Wertes der Leistung, zu zahlen; die Übernahme der Leistungen in die Gewahrsame des Verbrauchers ist für sich allein nicht als Wertminderung anzusehen.
- (2) Ist die Rückstellung der vom Unternehmer bereits erbrachten Leistungen unmöglich oder untunlich, so hat der Verbraucher dem Unternehmer deren Wert zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.
- (3) Die Abs. 1 und 2 lassen Schadenersatzansprüche unberührt.